

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktion der AfD

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/10040 –

Schneller bauen – Staus vermeiden

Der Landtag stellt fest:

Die Rheinland-Pfälzer und die Wirtschaft unseres Landes sind auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen und viele Straßen in Rheinland-Pfalz sind dringend erneuerungsbedürftig. Gleichzeitig stellen aber Baustellen eine Belastung für die Verkehrsteilnehmer und für viele Anwohner dar. Die Unfallgefahr steigt, vielerorts kommt es zu Staus, häufig auch zu Schleichverkehr durch Straßen mit vielen Anwohnern. Aus diesen Gründen muss die Landesregierung intensiver nach Möglichkeiten suchen, die Zeit für Baumaßnahmen zu begrenzen.

Die Reformkommission für Großprojekte sieht hier eine gute Projektplanung im Vorfeld und eine partnerschaftliche Projektzusammenarbeit und stärkere Transparenz und Kontrolle während der Umsetzung von Bauprojekten als essenziell an. Für all dies werden entsprechende Personalkapazitäten benötigt.

Als weitere Maßnahmen infrage kommen geänderte Ausschreibungsmodalitäten (z. B. ein Malus bei Überschreitung und ein Bonus bei Unterschreitung festgelegter Bauzeiten, Sicherstellung, dass nur leistungsfähige Baufirmen den Auftrag bekommen), Beratung und Information der Bauunternehmen mit Blick auf die Bauzeitoptimierung sowie 24-Stunden-Baustellen.

Gerade 24-Stunden-Baustellen haben gegenüber den bisher in Rheinland-Pfalz verbreiteten Tageslichtbaustellen aber auch nicht zu vernachlässigende Nachteile: Da viele mittelständische Unternehmen nicht in der Lage sind, 24-Stunden-Baustellen zu organisieren, schränkt man den Kreis der Ausschreibungsteilnehmer stark ein, wenn man sie zur Pflicht macht. Sie sind in jedem Fall mit zusätzlichen Kosten verbunden. Regelmäßige Nachtschichten machen den Beruf des Bauarbeiters unattraktiv. Nicht zuletzt bringen 24-Stunden-Baustellen zusätzliche Sicherheitsrisiken.

Darum beschließt der Landtag:

- die Landesregierung prüft alle Möglichkeiten, mit denen sie die Bauzeiten im Straßenbau verringern kann. Dabei informiert sie sich auch in anderen Bundesländern und im europäischen Ausland;
- es werden zusätzliche Planungs- und Ingenieurkapazitäten bereitgestellt, um Investitionsvorhaben besser zu managen;
- der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr führt eine Expertenanhörung zum Thema „Bauzeitverkürzung“ durch.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger

